



«Schnelle Reaktion in jeder Notsituation»

Der Staatsrat schätzt die jährlichen Kosten seines Gegenvorschlags zur Spitalinitiative auf 7,2 Millionen Franken.



Der Staatsrat klärt die Rolle der Permanences.

Symbolbild Aldo Ellena

Jean-Michel Wirtz

FREIBURG Eine Spitalnotaufnahme im Süden, dem Zentrum des Kantons sowie in seinem deutschsprachigen Teil, an allen Tagen rund um die Uhr geöffnet: Das ist die Kernforderung der Verfassungsinitiative «Für bürgernahe öffentliche Spitalnotaufnahme 24/24». Gestern hat der Staatsrat seinen Gegenvorschlag vorgestellt. Voraussichtlich wird im Sommer darüber abgestimmt.

«Unser Ziel ist eine schnelle und angemessene Reaktion in jeder Notsituation überall im Kanton», sagte Staatsratspräsident Didier Castella (FDP). Der Staat wolle mit seinem Gegenvorschlag einen schnellstmöglichen Zugang zu einer medizinisch-pflegerischen Abklärung und Triage und eine angemessene Betreuung entsprechend den gesundheitlichen Bedürfnissen garantieren.

Rapid Responder kommen

Konkret will der Staatsrat bei lebensbedrohlichen Notfällen in Randregionen sogenannte Rapid Responder in den Ein-

satz schicken. Diese erfahrenen Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter sollen in leichten Notfallfahrzeugen ausrücken und eine erste Betreuung der Notfälle übernehmen, bis die Ambulanz vor Ort ist. «Ein Problem in den Randregionen ist, dass die Ambulanz zu lange braucht, bis sie bei den Patientinnen und Patienten ist», sagte Gesundheitsdirektor Philippe Demierre (SVP) und nannte Jaun als Beispiel für einen weiter entfernt gelegenen Einsatzort.

Während die 144 die Telefonnummer für lebensbedrohliche Notfälle ist, soll es in den Augen des Staatsrats in Zukunft auch für nicht lebensbedrohliche Notfälle eine kantonsweit einheitliche Telefonnummer geben. Diese Gesundheitsnummer soll eine erste Abklärung vornehmen, die Anrufenden beraten und gegebenenfalls an die passenden Stellen weiterverweisen, zum Beispiel an die Permanences des HFR, an die Apotheken oder den medizinischen Bereitschaftsdienst. «Diese Triage er-

möglicht einen schnellen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Versorgung», so Demierre. Zudem erlaube sie einen effizienten Umgang mit den Ressourcen, weil die Gesundheitspersonen je nach Situation passend mobilisiert werden.

Mit ihrem Gegenvorschlag will die Kantonsregierung laut dem Gesundheitsdirektor zwischen den Regionen eine Gleichbehandlung bei der Verrechnung von Ambulanzkosten einführen. Auch kläre er die Rollen von verschiedenen Gesundheitseinrichtungen, wie den Gesundheitszentren und den Permanences.

Fokus auf den Spitalbereich

Die alljährlichen Kosten für die Massnahmen aus dem Gegenvorschlag schätzt Demierre auf rund 7,2 Millionen Franken. «Alle Kosten im Zusammenhang mit dem Gegenvorschlag werden vom Kanton übernommen», versprach er. Die Initiative würde deutlich teurer ausfallen: 35 bis 40 Millionen Franken für die Umsetzung und jährliche Betriebskosten zwischen 11 und 13 Millionen Franken. So viel würden die Wiedereröffnung von Notaufnahmen mit einer angemessenen medizintechnischen Infrastruktur für Operationsäle, Radiologie und Labore, Personalressourcen und stationären Leistungen kosten. «Die Initiative konzentriert sich einzig auf den Spitalbereich als Eingangstür zu Gesundheitsleistungen», kritisierte Demierre. Das werde Kosten in die Höhe treiben und sei ge-



fährlich für die Qualität der Versorgung im HFR, weil das Spital bereits jetzt zu wenige freie Betten habe.

«Der Gegenvorschlag macht hingegen eine vertiefte Analyse der gesamten Versorgungskette und bietet einen ganzheitlichen Blick.» Der Präsident des Initiativkomitees war für eine Reaktion nicht erreichbar.